

■ Lippenbekenntnisse

Radio Multikulti wird eingestellt

Noch im Frühjahr d.J. hatten sich Bund, Länder und Kommunen anlässlich der Verabschiedung des Nationalen Integrationsplans stolz auf die Schulter geklopft und von einem »Meilenstein« auf dem Weg in die interkulturelle und multiethnische Gesellschaft gesprochen. Deutschland werde nun endlich seiner Aufgabe als Zuwanderungsland gerecht, und die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund werde als gesamtgesellschaftlicher Auftrag verstanden, hieß es in den zahlreichen Kommentaren der Presse. Die vielen politischen Selbstverpflichtungen, Absichtserklärungen und sonstigen programmatischen Ansagen ließen den Nationalen Integrationsplan als »Road Map« erscheinen, die zukünftig Stück für Stück abgefahren bzw. abgearbeitet würde. Schließlich sollen bereits Ende dieses Jahres erste Zwischenergebnisse über den Erfolg der eingeleiteten Maßnahmen vorliegen.

Die im Frühjahr vorherrschende Euphorie, die durch das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs (2008) noch verstärkt wurde, ist inzwischen einer breiten Ernüchterung gewichen. Integrationspolitik ist wie Politik überhaupt ein äußerst zähes Geschäft, das Geduld und Empathie gleichermaßen braucht, um erfolgreich zu sein. Nicht zuletzt kostet sie Geld, egal ob sie in der Bildung, bei der Arbeit oder in der Kultur ansetzt. Und wenn die Finanzierung fraglich wird, dann interessieren auch fachliche Argumente nur noch am Rande, zumal dann, wenn die Betroffenen nur geringes Konfliktpotenzial aufbieten

können. Kurzum: Wenn das politische und öffentliche Interesse an einem Themenfeld zu erlahmen droht, dann wittert der Kämmerer seine Chance, Maßnahmen zur Haushalts-sicherung relativ geräuschlos umzusetzen.

Das, was gegenwärtig mit dem Radio Multikulti des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) passiert, passt genau in dieses Schema. Sieben Radioprogramme »leistet« sich der Sender, und das kleinste davon soll zum Ende des Jahres seinen Betrieb einstellen. Man muss sparen; von 54 Mio. Euro in der nächsten Gebührenperiode (2009–2012) ist die Rede. Dabei ist Radio Multikulti mit 2,3 Mio. Euro Honorar der billigste Posten im knapp 400 Mio. Euro schweren Jahresetat des RBB, etwa »so teuer wie zwei Tatort-Produktionen«. Das Einsparvolumen ist daher auch nur ein Nebenargument. Die »Reichweite« des Programmangebots stimmt offenbar nicht. Gerade einmal 37.000 HörerInnen (0,8% Marktanteil laut Media-Analyse) schalten täglich den Sender ein, der von 6.00 bis 17.00 Uhr auf Deutsch, anschließend bis 22.00 Uhr in insgesamt 18 Fremdsprachen und ab 22.00 Uhr mit »Weltmusik spezial« in den Äther bzw. ins Internet geht.

Dabei kann man die Nöte von RBB-Intendantin Dagmar Reim durchaus nachvollziehen. Als kleine ARD-Sendeanstalt leidet der hauseigene Etat extrem unter dem Bevölkerungsverlust in der Region sowie den Gebührenaufwänden wegen der vielen ALG-II-Empfänger. Die Einrichtung eines Gemeinschaftstopfes, aus dem besonders arme Sendeanstalten einen Ausgleich für überproportionale

Gebühreneinbußen erhalten könnten, scheidet regelmäßig am Votum der Großen. So ist denn auch das Angebot des WDR, mit seinem »Funkhaus Europa« die Lücke von Radio Multikulti zu schließen, durchaus ambivalent zu beurteilen.

Bei allen vermeintlichen oder tatsächlichen Sachzwangargumenten fällt indes auf, dass aufseiten der verantwortlichen Programmgestalter allein das Kostenargument eine wirkliche Rolle spielt. Kultur- oder medienpolitische Überlegungen über Sinn und Zweck eines muttersprachlichen Angebots für die zahlreichen MigrantInnen in Deutschland und besonders in Berlin tauchen dagegen kaum auf. Dabei war gerade die Gründung von Radio Multikulti im Jahre 1994, damals noch als Programm des Sender Freies Berlin (SFB), getragen von der Überlegung, den zahlreichen ausländerfeindlichen Übergriffen in Mölln (1992), Rostock (1992), Solingen (1993) und anderswo durch ein mediales Aufklärungs- und Verständigungsangebot zu begegnen. Vor diesem Hintergrund wollte die Hauptstadt ein Zeichen setzen und schuf den ersten öffentlich-rechtlichen multikulturellen Sender der Republik.

Sein vorbildliches Engagement in Sachen interkultureller Dialog, für Aufklärung und Verständigung hatte auch die Kulturpolitische Gesellschaft überzeugt, die Radio Multikulti bereits zum einjährigen Geburtstag 1995 ihren Kulturpreis zusprach. Der damalige SFB-Intendant Hansjürgen Rosenbauer zeigte sich hochofrenet über die Auszeichnung und versprach, das interkulturelle Radioangebot der Hauptstadt weiter auszubauen.

Hat sich, was damals gut war, in 14 Jahren so völlig ins Gegenteil verkehrt? Die Notwendigkeit eines migrantenorientierten Programmangebots wird von niemandem ernsthaft bestritten. So sind denn auch die Streichpläne auf breite Kritik bei allen relevanten kultur- und medienpolitischen Verbänden gestoßen, bis hin zur Integrationsbeauftragten der Bundesregierung. Die finanziellen Vorteile einer Abwicklung stehen in keinem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Folgekosten, moralische Argumente mal außen vor gelassen. Radio Multikulti darf nicht sterben, wenn man die Integrationsoffensive von Bund, Länder und Kommunen weiterhin ernst nehmen will.

Franz Kröger

Kulturpreisträger »Radio Multikulti« nicht einstellen!

Kulturpolitische Gesellschaft fordert Weiterbetrieb des Berliner Integrationsenders

In der Erklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft vom 10. Juni 2008 mit dem eindringlichen Appell an alle Verantwortlichen, Radio Multikulti zu erhalten und weiterzuführen, heißt es unter anderem: »Der Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft hat die Ankündigung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB), zum Jahresende den Betrieb von Radio Multikulti einzustellen, mit Bestürzung zur Kenntnis genommen. Er wendet sich entschieden gegen das Vorhaben von RBB-Intendantin Dagmar Reim, ein bundesweit einmaliges Radioprogramm für die multikulturelle Vielfalt der Hauptstadt aus vermeintlichen Kostengründen auslaufen zu lassen ...

Im Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs und nicht einmal 6 Monate nach Verabschiedung des Nationalen Integrationsplans – so der Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft Oliver Scheytt – werde mit der Entscheidung des RBB ein kulturpolitisches Zeichen gesetzt, das den zahlreichen integrationspolitischen Bemühungen von Bund, Ländern und Kommunen einen Schlag ins Gesicht versetze. Er frage sich, wie man kulturelle Vielfalt als gesellschaftlichen Reichtum begreifen und deren Gestaltung als öffentliche Aufgabe definieren könne, »wenn man gleichzeitig zentrale Medien für interkulturelle Teilhabe und Kommunikation einstellt.«

Der gesamte Text findet sich online unter www.kupoge.de/presse/presse_080610.pdf, ebenso eine Reaktion der RBB-Intendantin Dagmar Reim (www.kupoge.de/presse/reim.pdf)